



SITZUNG DES VORSTANDS DER ETF

11. JUNI 2007

PROTOKOLLS

Einführung

Die Sitzung des Vorstands der ETF wird in Turin abgehalten; den Vorsitz der Sitzung führt Frau **Odile Quintin**, Generaldirektorin der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission. Die Vorsitzende begrüßt die neuen Vorstandsmitglieder für Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, die Niederlande und Rumänien sowie den neuen Vertreter der GD Erweiterung der Kommission Giannantonio Ballette (als Vorstandsmitglied) und den neuen Vertreter von EuropeAid Mikael Barford (als Beobachter).

Das Vereinigte Königreich und Luxemburg sind in der Sitzung nicht vertreten. Neben Vertretern der Generaldirektionen Außenbeziehungen, Erweiterung sowie Bildung und Kultur der Europäischen Kommission sind Vertreter aller anderen Mitgliedstaaten anwesend, ebenso wie Beobachter aus Kroatien und vom Cedefop sowie von den Generaldirektionen EuropeAid und Beschäftigung.

1. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen, wobei die gegenwärtigen und künftigen Inhaber der EU-Ratspräsidentschaft – Deutschland, Portugal und Slowenien – aufgefordert werden, im Rahmen von Punkt 4iii der Tagesordnung die Aktivitäten im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung während ihrer Ratspräsidentschaft zu präsentieren.

2. Einleitende Bemerkungen

Odile Quintin bekräftigt die positive externe Bewertung der ETF aus dem Jahr 2006. Diese wurde in der Mitteilung der Kommission bestätigt, die Ende 2006 vorgelegt wurde und die ETF als etabliertes und allgemein anerkanntes Kompetenzzentrum beschreibt. In dieser Weise wurde die ETF auch kürzlich von dem Europäischen Parlament beschrieben. Die ETF hat gezeigt, dass sie in Zukunft aufgrund ihres vorgeschlagenen erweiterten Mandats und im Kontext der modernisierten außenpolitischen Instrumente der EU noch mehr zu bieten hat.

Der langwierige Prozess der Neufassung der Gründungsverordnung und die Verlegung der Verwaltung des Tempus-Programms nach Brüssel sind allerdings Faktoren, die in den kommenden Jahren voraussichtlich zu einer Periode der Instabilität bei der ETF beitragen werden. Es ist jedoch wichtig, dass die ETF sicherstellt, dass diese Periode die bisher erreichten Ergebnisse nicht gefährdet und dass die ETF so viel Unterstützung wie möglich vom Vorstand erhält.

Ein realistischerer Zeitplan für die Tempus-Verlegung bedeutet, dass die Bereitstellung der technischen Unterstützung bei der ETF voraussichtlich sechs Monate länger gewährt wird als ursprünglich geplant; die Verlegung findet damit Mitte 2008 statt.

Darüber hinaus haben interne administrative Faktoren zu einer Verzögerung bei der Annahme der Neufassung der Gründungsverordnung durch die Kommission geführt.

Diese Veränderungen werden sich zwar voraussichtlich für einen gewissen Zeitraum auf die Organisation auswirken; die Änderungen der Gründungsverordnung sollten jedoch als langfristige Investition betrachtet werden, und der Übergang von Tempus auf die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) wurde verschoben, um den Benutzern des Tempus-Programms die bestmöglichen Leistungen bereitstellen zu können.

3. Follow-up zur letzten Sitzung

i: Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung, die im November 2006 stattfand, wird genehmigt.

ii: Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

Die folgenden Aktionspunkte wurden nach der Sitzung im November 2006 durchgeführt:

- Der Tempus-Abschnitt im Arbeitsprogramm 2007 wurde überarbeitet, und die endgültige Fassung wurde an die Mitglieder übermittelt.
- Das Dokument über die mittelfristige Perspektive wurde überarbeitet und dann nach der Annahme der Mitteilung der Kommission im schriftlichen Verfahren genehmigt.
- Der endgültige Haushaltsplan und das Arbeitsprogramm wurden an das Europäische Parlament übermittelt, und die Direktorin legte sie im Januar dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten vor.
- Das Helsinki-Kommuniqué wurde über die Website, das Netz des Beratungsgremiums und andere zuständige Stellen in den Partnerländern an die Partnerländer verteilt.
- Der Vorstand nahm den Aktionsplan für die externe Bewertung im Januar an.
- Die GD Bildung und Kultur der Kommission wurde über alle Vorstandsangelegenheiten auf dem Laufenden gehalten.

Die vorgeschlagenen Änderungen der Netzwerke der ETF (ETF-GB-06-030) wurden bis zur Annahme der überarbeiteten Gründungsverordnung der ETF ausgesetzt und werden auf der nächsten Vorstandssitzung erörtert. Darüber hinaus wurden die Vorstandsmitglieder im schriftlichen Verfahren über die Entwicklungen in Bezug auf den Haushaltsplan 2007 auf dem Laufenden gehalten, nachdem das Europäische Parlament eine Haushaltsreserve darin eingerichtet hatte.

Die Länder- und Projektpläne der ETF für 2007 sind jetzt auf der Website verfügbar, und die Vorstandsmitglieder werden ermuntert, diese zu lesen.

Zwei schriftliche Verfahren wurden im Januar und im März durchlaufen. Das erste betraf die mittelfristige Perspektive 2007–2010, den Aktionsplan für die externe Bewertung, die Wiederernennung des Beratungsgremiums und die vom Europäischen Parlament in den Haushaltsplänen 2007 der Agenturen eingerichtete Reserve. Das zweite betraf den Einnahmen- und Ausgabenplan für 2008, den Personalentwicklungsplan für 2007–2010, die Übertragung 2006–2007, die vom Parlament im Haushaltsplan 2007 eingerichtete Reserve (freigegeben am 11. Juni) und den endgültigen Haushaltsplan 2007. Ein überarbeiteter Haushaltsplan 2007 wird dem Vorstand im Spätsommer zur Annahme vorgelegt.

4. Mündliche Berichte

i: Fortschritte bei den Politiken und Programmen der Kommission, die Auswirkungen auf die ETF haben

Neufassung der Gründungsverordnung der ETF

Odile Quintin berichtet über den komplizierten und langwierigen Prozess der Anpassung der Gründungsverordnung für die ETF. Der Entwurf wird voraussichtlich spätestens Anfang September angenommen.

Der überarbeitete Inhalt wurde bereits mehrmals im Vorstand erörtert; die Änderungen im Zusammenhang mit den Themen, die im Rahmen der externen Bewertung und der Konvergenz mit anderen Einrichtungen angesprochen wurden, schließen Folgendes ein:

- ein thematisch weiter gefasstes Mandat, das die Humanressourcenentwicklung im Kontext der Politiken der EU-Außenbeziehungen umfasst, insbesondere die allgemeine und berufliche Bildung in einem Umfeld des lebenslangen Lernens und im Zusammenhang mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes;
- eine Neudefinition des geografischen Mandats gemäß den neuen externen Instrumenten;
- einen Schwerpunkt auf mit der Kommission vereinbarte politische Prioritäten;
- eine Modernisierung der Lenkungsstrukturen zur Verbesserung der Entscheidungsfindungsprozesse und der Effizienz. Das bedeutet einen Vorstand, der aus 15 Mitgliedern besteht (sechs Vertreter der Mitgliedstaaten, sechs Vertreter der Kommission und drei Beobachter aus Partnerländern). Die Mitglieder werden entsprechend ihrer Erfahrung und unter besonderer Berücksichtigung einer ausgewogenen Zusammensetzung der Vertreter ernannt. Die satzungsgemäße Rolle des Beratungsgremiums als Leitungsorgan entfällt, und das Beratungsgremium wird durch flexiblere Strukturen ersetzt.

Artikel 150 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (zum Thema Berufsbildung) bildet die Grundlage für die Gründungsverordnung der ETF. Der gemeinsame Entscheidungsfindungsprozess ist langwierig und beinhaltet mehrere Konzertierungssitzungen. Die Kommission wird die ETF in dieser Zeit möglichst weitgehend unterstützen, um mögliche Störungen zu minimieren. Die Neufassung der Gründungsverordnung wird voraussichtlich bis Ende 2008 in Kraft treten.

Tempus

Um den reibungslosen Ablauf des Tempus-Programms aufrechtzuerhalten, hat die Kommission beschlossen, den Übergang des Tempus-Programms auf die Exekutivagentur auf den 1. Juli 2008 zu verschieben, da gegenwärtig keine rechtliche Grundlage dafür besteht, den Übergang wie geplant Ende 2007 durchzuführen. Die ETF wird die Kommission daher bei der Auslaufphase von Tempus III und dem Start von Tempus IV weiterhin technisch unterstützen. Dies beinhaltet die Bearbeitung aller neuen Anträge, die Durchführung der Prüfung der Förderfähigkeit für die Projektanträge und die Vorbereitung des Transfers zur Exekutivagentur.

Aus Gründen der Transparenz ist es rechtlich nicht möglich, Mitarbeiter direkt von der ETF zur Exekutivagentur zu versetzen. Sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Personaleinstellung müssen von dem Europäischen Amt für Personalauswahl durchgeführt werden und unterliegen den Standardverfahren. Gut qualifizierte ETF-Mitarbeiter werden jedoch ermutigt, sich auf die Stellen zu bewerben, die voraussichtlich im Sommer 2007 ausgeschrieben werden. Sobald der neue Leiter von Tempus seine Tätigkeit bei der Exekutivagentur aufgenommen hat (voraussichtlich bis November 2007) können Vorstellungsgespräche für weitere Stellen im Rahmen des Programms geführt werden.

Entwurf des Haushaltsplans 2008

Der Vorentwurf des ETF-Haushaltsplans wurde vom Vorstand im März 2007 im schriftlichen Verfahren angenommen und belief sich insgesamt auf 19 484 000 EUR. Er basierte auf der Annahme, dass die

ETF ab Ende 2007 keine technische Unterstützung im Zusammenhang mit dem Tempus-Programm mehr erbringen würde und dass die neue Gründungsverordnung ab Anfang 2008 in Kraft wäre, was im Vergleich zum gegenwärtigen Mandat ein erweitertes Mandat bedeuten würde, für das mehr und anders qualifizierte Mitarbeiter erforderlich wären. Da es nach aktuellem Stand jedoch unwahrscheinlich ist, dass das neue Mandat vor Ende 2008 Gültigkeit haben wird, und für sechs Monate des Jahres 2008 eine technische Unterstützung für das Tempus-Programm erforderlich ist, hat die Kommission den ursprünglichen Haushaltsansatz für 2008 nach unten auf 17 984 000 EUR angepasst (Verminderung um 1 500 000 EUR).

Der Vorentwurf des Gesamthaushaltsplans der Gemeinschaft wird gegenwärtig von der Haushaltsbehörde, dem Europäischen Parlament und dem Rat erörtert.

Die künftige Entwicklung des Haushaltsplans nach 2008 hängt von der Neufassung der Gründungsverordnung und von dem neuen Mandat der ETF ab.

Frau Seng (D) bittet um Aufklärung bezüglich des Haushalts nach 2008 und erwartet, dass der Haushalt nach diesem Übergangsjahr wieder auf das normale Niveau gesetzt wird.

Herr Mezel (F) äußert einige informelle Bemerkungen, da er kein offizielles Vorstandsmitglied ist. Die Mitgliedstaaten unterstützten zwar eine Modernisierung der Lenkungsstrukturen, um die Konvergenz der europäischen Einrichtungen zu fördern; es sei aber wichtig, eine ausgewogene Zusammensetzung der Vertreter von Mitgliedstaaten und der Kommission aufrechtzuerhalten. Er ermutigt die Kommission auch, ergänzende Wege zu suchen, die der ETF bei der Erhaltung ihres Fachwissens während der bevorstehenden Übergangszeit zu unterstützen, und bittet darum, die von der ETF erworbenen Kompetenzen in einer flexibleren und direkteren Weise weiterzunutzen.

Herr Perugini (I) erwähnt den von der Kommission vorgelegten Entwurf der interinstitutionellen Vereinbarung über die Rahmenbedingungen für die Europäischen Regulierungsagenturen (KOM(2005)59), dessen vorgeschlagene horizontale Änderungen der Lenkungsstruktur dieser Agenturen (einschließlich der ETF) sich nachteilig auf die Vertretung der Mitgliedstaaten in den Vorständen der EU-Einrichtungen auswirken würden und erinnert daran, dass der Juristische Dienst des Rates dazu ein negatives Rechtsgutachten abgegeben hat. Wie Frankreich habe auch Italien Vorbehalte gegen die Verringerung der Zahl der Vertreter der Mitgliedstaaten in diesen Vorständen. Im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Entscheidungsfindungsprozesse einiger zu großer Vorstände (in einigen Einrichtungen bestehen sie aus mehr als 60 Mitgliedern) böten sich auf der Grundlage der Erfahrungen in anderen internationalen Organisationen und Gremien verschiedene Lösungen an, anstatt dass einfach nur die Zahl der Vertreter der Mitgliedstaaten reduziert wird, was ihr Gefühl der Teilhaberschaft beeinträchtigen würde. Ein ausgewogener und repräsentativer Vorstand sei eine fundamentale Voraussetzung für die Autonomie und Unabhängigkeit von Einrichtungen, besonders für solche, die Beratung in Grundsatzfragen anbieten.

Er begrüßt auch die Anstrengungen, die gegenwärtig für eine Lösung für das Tempus-Programm unternommen werden, und bekräftigt, dass es notwendig sei, dass der Gesamthaushaltsplan der ETF ab 2009 auf das zuvor vereinbarte Niveau zurückkehrt, da die Ressourcen für die Fähigkeit der ETF, die Bereitstellung ihrer Dienste aufrechtzuerhalten, wichtig seien.

Herr Nöbauer (A) weist darauf hin, dass die Umstrukturierung des Vorstands und des Beratungsgremiums weitere Folgen nach sich ziehen könne, einschließlich der Notwendigkeit, die Mitgliedstaaten in die Arbeit der ETF einzubeziehen und darüber zu informieren. Die Unterbrechung der Kommunikation mit einem bestimmten Land könne für die ETF und für das betroffene Land einen ernststen Verlust darstellen. Das Beratungsgremium könnte eine andere Form annehmen, aber es sei wichtig, einen Ansprechpartner in jedem Mitgliedstaat sowie ein Sachverständigenforum zu haben.

Europäische Nachbarschaftspolitik

David Lipman von der GD RELEX berichtet über die Europäische Nachbarschaftspolitik und das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik wurde im Jahr 2004 als politische Reaktion auf die EU-Erweiterung von 2004 (um zehn Länder) initiiert und zielt darauf ab, eine gemeinsame Zone des Wohlstands, der Stabilität und der Sicherheit – einen Ring befreundeter Staaten – östlich und südlich der EU zu erschaffen, die 16 Länder umfasst (außer den Kandidatenländern und dem westlichen Balkan). Die Politik ist darauf ausgerichtet, den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformprozess zu unterstützen. Die ETF hat bei der „menschlichen“ Dimension der Politik eine Rolle zu spielen. Ein Fortschrittsbericht vom Dezember 2006 über die Umsetzung der Nachbarschaftspolitik weist darauf hin,

dass es in den Bereichen Wirtschafts- und Handelsintegration, Austausch unter Bürgern, Bildung, Jugend und Forschung noch viel zu tun gibt und dass mehr regionale Zusammenarbeit notwendig ist.

Es wurden Aktionspläne für jedes Land (außer Algerien, Belarus, Libyen und Syrien) erstellt, ebenso wie ein Finanzpaket, das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument. Dieses Instrument, das auch Russland abdeckt, trat Anfang 2007 für den Zeitraum von 2007 bis 2013 in Kraft. In diesem Jahr werden 1,4 Mrd. EUR gebunden; die Zahlung der Beträge wird jedoch durch ein neues Verfahren mit der Bezeichnung „demokratische Kontrolle“ verlangsamt, das die Vorlage aller Strategiepapiere vor dem Europäischen Parlament beinhaltet.

Die Europäische Investitionsbank engagiert sich ebenfalls für die Unterstützung der Region und investiert im gleichen Zeitraum einen vergleichbaren Betrag (12 Mrd. EUR).

Im September wird im Rahmen der portugiesischen Ratspräsidentschaft eine Ministerkonferenz abgehalten, um das öffentliche Bewusstsein für die geleistete Arbeit zu fördern.

Instrument für Heranführungshilfe

Giannantonio Ballette von der GD Erweiterung berichtet über die neuesten Entwicklungen zum Instrument für Heranführungshilfe (IPA), das an die Stelle des Programmpakets zur Abdeckung von Südosteuropa, einschließlich Phare, CARDS, Saphard und Ispra, tritt. Der IPA-Verwaltungsausschuss hat die Verordnung zur Durchführung des IPA erörtert und beschlossen, die am 12. Juni von der Kommission angenommen wurde. Sie umfasst fünf Bestandteile:

1. Unterstützung beim Aufbau und Übergang von Einrichtungen (frühere Phare- und CARDS-Aktivitäten)
2. grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Partnerländern und zwischen Partnerländern und Mitgliedstaaten
3. Regionale Entwicklung
4. Humanressourcenentwicklung
5. Entwicklung des ländlichen Raums

Die ersten beiden Punkte beziehen sich auf alle Länder der Region, während die letzten drei Punkte als Vorläufer anderer EU-Finanzierungsmechanismen nur für Kandidatenländer gelten.

Mehrfachjährige (dreijährige) vorläufige Planungsdokumente wurden vom IPA-Verwaltungsausschuss bereits positiv bewertet und werden gegenwärtig von der Kommission angenommen. Die Unterstützung der ETF bei der Erstellung von Arbeitsmarkt-Länderanalysen zur Verwendung in den mehrjährigen Planungsdokumenten wurde von der Kommission als sehr nützlich bewertet. Die Initiative der ETF, Diskussionen mit Vertretern der Partnerländer, Länderreferenten der Kommission und Delegationen der Kommission zu organisieren, um die wichtigsten Ergebnisse der Analysen zu verbreiten, wurde ebenfalls begrüßt. Die Erweiterung des Mandats der ETF durch die neue Gründungsverordnung wird eine große Unterstützung für die GD Erweiterung darstellen, die die ETF auch gebeten hat, die soziale Eingliederung ethnischer Minderheiten zu untersuchen und Beispiele für bewährte Praktiken im Bereich Berufsbildung und Beschäftigung zu ermitteln.

4.ii Trends und Entwicklungen bei der ETF

Muriel Dunbar erläutert, dass die ETF Aktivitäten durchgeführt hat, die die neue Gründungsverordnung und ihre mögliche Bedeutung für die Zukunft bereits berücksichtigen. In der Praxis sollte die Verordnung zu mehr Klarheit, eindeutigeren Inhalten und einem politikgesteuerten Rahmen für die Arbeit der ETF in den Partnerländern führen. Dadurch kann die ETF den Bereich Berufsbildung ganzheitlich als Komponente anderer Bildungsarten und des Arbeitsmarktes betrachten. Die Festlegung des Bedeutungsumfanges der Humanressourcenentwicklung ist in dem Hinweis in der neuen Verordnung (allgemeine und berufliche Bildung in einem Umfeld des lebenslangen Lernens und verwandte Arbeitsmarktfragen), in Artikel 150 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (als rechtliche Grundlage) sowie in den neuen Instrumenten für die Außenbeziehungen zu finden.

Konkreter ausgedrückt, bedeutet sie den Einsatz der Berufsbildung für die Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme, der ein Bestandteil des neuen Arbeitsbereichs der ETF sein wird. Die Berufsbildung könnte auch die beruflich ausgerichtete Hochschul- und Sekundarbildung umfassen, wenn sich die allgemeine und die berufliche Bildung überschneiden. Die neue Gründungsverordnung

wird Bereiche eröffnen, auf die sich die ETF ohnehin bereits hinentwickelt hat, darunter soziale Eingliederung, Entwicklung des ländlichen Raums, Kompetenzprofile für Migranten und die Bekämpfung der Armut.

Der Haushaltsplan der ETF muss in den kommenden Jahren die Anforderungen des neuen Mandats reflektieren. Die ETF wird für das Jahr 2008 weniger Mittel erhalten als erwartet, was natürlich einen Einfluss auf die Vorbereitungen für das neue Mandat haben wird – es bedeutet weniger Einstellungen und weniger Entwicklungschancen für vorhandene Mitarbeiter. Da der Haushalt im Jahr 2009 voraussichtlich wieder auf das normale Niveau angehoben wird, wird die ETF versuchen, die Zahl der Mitarbeiter im Jahr 2008 nicht zu reduzieren; daher ist nur eine Kürzung von 1,6 % von Titel 1 des Haushaltsplans vorgesehen. Es gibt nur wenig Spielraum in Titel 2, der um 9,8 % gekürzt werden kann; der größte Teil der notwendigen Kürzungen fällt damit auf Titel 3, der im Vergleich zu den Zahlen des Vorentwurfs des Haushaltsplans um 24 % gekürzt wird.

Der Bericht über das interne Audit für 2006 wurde mit einer Erläuterung vorgelegt, dass im Jahr 2006 aufgrund beschränkter Ressourcen kein IAS-Besuch bei der ETF stattgefunden hat. Im Jahr 2007 wird jedoch ein Besuch stattfinden.

Sandra Stefani, die gegenwärtige Leiterin der Abteilung „Maßnahmen“, verlässt die ETF zum Jahresende; ihr Nachfolger ist Peter Greenwood, der gegenwärtige Leiter des Referats „Planung, Kontrolle und Evaluation“. Xavier Matheu de Cortada übernimmt zum Jahresende die Leitung des Referats von Peter Greenwood.

Frau Borg (MT) bittet um Klärung bezüglich der Haushaltskürzung für 2008, die auf die verzögerte Annahme der neuen Gründungsverordnung und auf die Notwendigkeit, die Verwaltung des Tempus-Programms sechs Monate länger als geplant in Turin durchzuführen, zurückzuführen ist.

4iii. Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten

In den letzten Jahren wurden die Mitgliedstaaten ermutigt, sich stärker an der Arbeit der ETF zu beteiligen. Einige Länder – darunter Schweden, Zypern und Estland – haben Sensibilisierungsseminare über die ETF und ihre Arbeit abgehalten.

Wenn Mitglieder daran interessiert sind, Veranstaltungen dieser Art zu organisieren, an denen Mitarbeiter aus zuständigen Ministerien und externen Hilfseinrichtungen teilnehmen könnten, oder wenn sie selber oder ihre Kollegen daran interessiert sind, sich bei anderen ETF-Aktivitäten zu beteiligen, so werden sie gebeten, sich mit Mariavittoria Garlappi von der ETF in Verbindung zu setzen.

Frau Ali (EE) stellt die erfolgreichen Seminar- und Studienbesuche vor, die in Estland für Vertreter aus Zentralasien, Kroatien und dem Kosovo organisiert wurden. Sie hofft, dass Estland auch in Zukunft weiterhin systematisch mit der ETF zusammenarbeiten kann.

Herr Pusvaskis (LT) hat an einer Veranstaltung in den Balkanländern teilgenommen, wo er die erfolgreiche Arbeit seines Landes erläuterte und praktische Informationen über die nationalen Qualifikationsrahmen präsentierte. Er hat seitdem zahlreicher Folgeanfragen nach weiterer litauischer Unterstützung erhalten.

Frau Soares (PT) beschreibt die Prioritäten im Bereich allgemeine und berufliche Bildung für die portugiesische Ratspräsidentschaft:

- Strategien für lebenslanges Lernen, offene Koordinierungsmethode, Anerkennung und Zertifizierung des nicht-formalen Lernens, Europäischer Qualifikationsrahmen, berufliche Entwicklung von Lehrern, Schulen und die Lissabon-Strategie
- die Begehung des 10. Jahres der Europäischen Beschäftigungsstrategie und ihre Verbindungen zur Lissabon-Strategie
- Flexicurity und ihre Verbindungen zur allgemeinen und beruflichen Bildung und zum lebenslangen Lernen
- Soziale Eingliederung
- Gleichstellung der Geschlechter und ihre Integration in andere Politikbereiche

Die ETF wird vom 20. bis 22. September im Rahmen der Ratspräsidentschaft in Lissabon gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit und soziale Solidarität eine Konferenz zum Themen Lehren und Lernen veranstalten. Die 60 bis 70 Teilnehmer werden die Mitglieder des südosteuropäischen Lehrerausbildungsnetzes sein. Schwerpunkte des Treffens werden der Erfahrungsaustausch, Workshops und Besuche vor Ort bei portugiesischen Einrichtungen sein.

Die Unterstützung der ETF würde für die folgenden Treffen begrüßt:

Generaldirektoren für Berufsbildung (DGVF) am 24./25. September

Konferenz über die Europäische Beschäftigungsstrategie am 8./9. Oktober

Veranstaltung über die Validierung des formalen und nicht-formalen Lernens am 26./27. November

Herr Bandelj (SLO) fasst die Schwerpunktbereiche der slowenischen Ratspräsidentschaft im Bereich allgemeine und berufliche Bildung zusammen, darunter die Qualität der Lehrerbildung, die Bedeutung der Berufsbildung in der Lissabon-Strategie sowie die Rolle der wirtschaftlichen Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf die soziale Gleichheit.

Wichtige Konferenzthemen sind:

- die Rolle der Bildung bei der Bewältigung von Herausforderungen bis 2020
- Innovation für die Zukunft: die neue Rolle von Lehrern und Forschung
- Universitäten und lebenslanges Lernen

Eine weitere Möglichkeit, die von Interesse für die ETF sein könnte, ist „Erwachsene – es ist nie zu spät zum Lernen“.

Die ETF könnte einen Beitrag dazu leisten, die Teilnahme anderer südosteuropäischer Länder an diesen und anderen einschlägigen Veranstaltungen während der slowenischen Ratspräsidentschaft zu fördern.

5. Jährlicher Tätigkeitsbericht

In dem jährlichen Tätigkeitsbericht der ETF (ETF-GB-07-003) sind die wichtigsten Erfolge der ETF im Jahr 2006 in Bezug auf die mittelfristige Perspektive 2004–06 und das Arbeitsprogramm 2006 zusammengefasst. Der Bericht ist in drei Abschnitte unterteilt: politische Erfolge, Verwaltung sowie Schlussfolgerungen und Risiken. Die ETF erreichte im Berichtszeitraum mehr als 60 % der erwarteten Ergebnisse und 70 % der Indikatoren. Die restlichen Ergebnisse wurden in den ersten Monaten des Jahres 2007 erreicht. Einige Indikatoren wurden aufgrund veränderter Prioritäten gestrichen.

Mehr als 80 % der Einnahmen der ETF wurden in die operativen Aktivitäten investiert, der Rest in Verwaltungs- und andere Gemeinkosten.

Die Kommission gab ein hohes Maß an Zufriedenheit (über 90 %) mit der Reaktion der ETF auf ihre Anfragen an, wobei die meisten dieser Anfragen im Zusammenhang mit Vorbereitungen für die neuen Instrumente standen. Ein weiterer wichtiger Schwerpunktbereich der ETF war die Verbreitung der EU-Politiken bei den Partnerländern.

Innovations- und Lernprojekte wurden im Jahr 2006 erstmals für auf Belegmaterial gestützte politische Ratschläge eingeführt, zum Beispiel Schlüsselkompetenzen, Migration und Übergang von der Bildung zur Arbeit.

Die Kommunikationsaktivitäten der ETF waren auf die verstärkte Außenwirkung ihrer Produkte und Leistungen ausgerichtet.

In Bezug auf die Lenkungsstrukturen und die Erfüllung der Vorschriften führte die komplexe institutionelle Umgebung der ETF dazu, dass die Annahme der mittelfristigen Perspektive der ETF bis nach der Vorlage der Mitteilung der Kommission im Dezember verschoben wurde. Außerdem wurde der jährliche Prüfungsplan teilweise abgeschlossen, während der Bericht der jährlichen Bewertung dem Vorstand pünktlich vorgelegt wurde.

Der jährliche Tätigkeitsbericht der ETF (ETF-GB-07-003) wird angenommen, und die Analyse und Stellungnahme zum jährlichen Tätigkeitsbericht durch den Vorstand (ETF-GB-07-007) wird ebenfalls mit

geringfügigen Änderungen angenommen, wodurch die positive Bewertung der Arbeit der ETF weiter bestätigt wird.

6. Finanzausweise der ETF 2006

Die Finanzausweise der ETF werden gemäß Titel 7 der Haushaltsordnung erstellt. Sie werden dem Rechnungshof für eine förmliche Stellungnahme vorgelegt; diese stellt eines der grundlegenden Elemente für die Erteilung der Haushaltsentlastung durch das Europäische Parlament dar. Die Stellungnahme des Vorstands zu den Ausweisen ist ein weiteres solches Element.

Sobald die Stellungnahme des Rechnungshofs eingegangen ist (bis zum 15. Juni), werden die Finanzausweise fertig gestellt und im schriftlichen Verfahren dem Vorstand übermittelt.

Das Europäische Parlament hat vor kurzem die Entlastung für den Haushalt 2005 erteilt.

Das Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union hatte im Jahr 2006 einen Haushaltsüberschuss; der Verwaltungsrat des Zentrums hat beschlossen, dass dieser Überschuss an die Kunden des Zentrums zurückgezahlt wird. Das bedeutet, dass die ETF 183 256 EUR erhalten wird. Gemäß Artikel 19 der Haushaltsordnung wird dieser Betrag in den Haushalt der ETF für 2007 aufgenommen. Diese Änderung wird in den geänderten Haushaltsplan 2007 aufgenommen, der dem Vorstand nach dem Sommer im schriftlichen Verfahren vorgelegt wird.

Die ETF dankt der italienischen Regierung für ihre fortgesetzte finanzielle Unterstützung durch den italienischen Treuhandfonds.

7. Externe Bewertung der ETF

i. Fortschrittsbericht über den Aktionsplan zur externen Bewertung

Die ETF verfolgt die Aktionspunkte der externen Bewertung; die meisten dieser Aktionspunkte sind bereits abgeschlossen. In den einzelnen Ländern werden Bewertungen der Arbeit der ETF durchgeführt. Aktuelle Beispiele sind die Türkei und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Eine weitere Bewertung der Arbeit der ETF in Rumänien hat vergleichbare Ergebnisse ergeben wie die in Bulgarien durchgeführte Bewertung aus dem Jahr 2005 und zeigt, dass die ETF den Heranführungsprozess sehr positiv beeinflusste.

ii. Kontroll- und Bewertungspolitik der ETF

Die Erfahrungen der Vergangenheit werden bei künftigen Bewertungen berücksichtigt. Infolgedessen wird bei künftigen Bewertungen eine „Beitragsanalyse“ durchgeführt.

Vorstandsmitglieder werden aufgefordert, sich mit der ETF in Verbindung zu setzen, wenn sie an einer Teilnahme an künftigen Bewertungen von ETF-Projekten interessiert sind (die nächsten Bewertungen werden in Ägypten und für das Projekt Nationales Observatorium im Mittelmeerraum durchgeführt).

Die ETF verwendet etwa 1 % ihres Gesamthaushalts für die Bewertung und Kontrolle; dies entspricht der Praxis anderer internationaler Organisationen wie der Weltbank.

Herr Lindqvist (FIN) erläutert aufgrund seiner umfangreichen Erfahrungen in diesem Bereich die „Bewertungsmüdigkeit“, die gegenwärtig im Bildungsbereich in ganz Europa vorherrscht. Er betont, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass Bewertungen von der Bericht erstattenden Organisation als Lernhilfsmittel für die Durchführung von Verbesserungen eingesetzt werden.

8. Personalfragen

i. Personalmanagementstrategie der ETF

Die ETF hat gegenwärtig keinen Personalleiter, was zu einer Verlangsamung der Fortschritte in diesem Bereich geführt hat. Der Rahmen für die Personalverwaltung bei der ETF muss die Bestimmungen des Statuts der europäischen Organe einhalten; bei Verwendung personenbezogener Daten muss stets der europäische Datenschutzdienst konsultiert werden, und die Personalvertreter der ETF müssen konsultiert und ihre Empfehlungen weitestmöglich umgesetzt werden.

Gegenwärtig wird ein Entwurf für eine neue Personalmanagementstrategie erstellt, der zur nächsten Vorstandssitzung im November zur Genehmigung vorgelegt werden kann. Die Personalmanagementstrategie wird die Bestandsaufnahme der Kompetenzen aller Mitarbeiter, Stellenbeschreibungen, Beförderungen, Leistungsbeurteilungen, die Festlegung der Zielsetzungen und die Personalentwicklung umfassen.

ii. Beurteilung der Direktorin der ETF

Die Beurteilung der Direktorin muss mindestens alle zwei Jahre erfolgen. Die Kompetenz und das Verhalten im Dienst, die Leistung in Bezug auf vorher festgelegte Zielsetzungen und die Durchführung des Arbeitsprogramms werden beurteilt. Es werden zwei Berichterstatter ernannt – einer aus einem Mitgliedstaat (der zweiten Ratspräsidentschaft des betreffenden Jahres) und einer von der Kommission –, die den Bericht erstellen. Für das Jahr 2007 sind dies der portugiesische Vertreter und David Lipman von der GD RELEX und für das Jahr 2008 der französische Vertreter und Dirk Megank von der GD Erweiterung. Odile Quintin ist die Berufungsbeurteilende.

Nächste Sitzung: 20. November 2007

Aktionspunkte

- Änderung des zweiten Absatzes „In Turin oder Brüssel“ auf Seite 7 der Finanzausweise (ETF-GB-07-011), so dass die Vorstandsvorschrift erfüllt wird, auf Antrag von **Herrn Perugini (I)**.
- Durchführung des schriftlichen Verfahrens für die Finanzausweise 2006 im Juni 2007
- Durchführung der Leistungsbeurteilung der Direktorin der ETF durch die ernannten Vertreter im Herbst
- Aufnahme des Haushaltsüberschusses des Übersetzungszentrums in den geänderten Haushaltsplan 2007
- Übermittlung des geänderten Haushaltsplans 2007 im schriftlichen Verfahren an den Vorstand nach dem Sommer
- Vorlage einer neuen Personalmanagementstrategie vor dem Vorstand im November
- Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Diskussion über die ETF-Netzwerke“ für die nächste Vorstandssitzung
- Teilnahme der ETF an den Veranstaltungen der portugiesischen Ratspräsidentschaft
- Erwägung der Teilnahme der ETF an den Konferenzen und Veranstaltungen der slowenischen Ratspräsidentschaft

